



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

27. Sitzung (öffentlich)

18. August 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:45 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Sonja Bongers (SPD)

Protokoll: Eva M. Kiwitt

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen | 3 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9828 | |
| 2 | Überblick über die Arbeits- und Personalsituation in der Finanzverwaltung zum Stichtag 01.01.2020 | 4 |
| | Vorlage 17/3529 | |
| 3 | Verfallene und angefallene Überstunden | 5 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3648 | |

4	Umgang mit Corona-bedingten Fehlzeiten von Eltern in der Landesverwaltung	6
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/3666	
5	Stellenbesetzung 2017, 2018 und im 1. Halbjahr 2020 Ergänzender Bericht aus der Sitzung am 16.06.2020	7
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/3657	
6	Bericht gemäß § 6 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfondsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensions- fondsgesetz Nordrhein-Westfalen – PFoG)	8
	Vorlage 17/3534 (Neudruck)	
7	Schulformabhängige Besoldung der verbeamteten Lehrkräfte in eine einheitliche Einstiegsbesoldung mit Bes.Gr. A 13 (Laufbahngruppe 2.2)	9
	Bericht der Landesregierung	
8	Stellennutzung für den Themenkomplex Cyber	10
	Vorlage 17/3656	
9	Verschiedenes	11

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9828

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde vom Plenum am 24.06.2020 nach erster Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal überwiesen.

Der Gesetzentwurf sieht ein Inkrafttreten zum 01.09.2020 vor.

Der Unterausschuss Personal hat seine Mitberatung einvernehmlich ohne die Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss, der sich abschließend am 20.08.2020 mit dem Gesetzentwurf befasst, abgeschlossen.

2 Überblick über die Arbeits- und Personalsituation in der Finanzverwaltung zum Stichtag 01.01.2020

Vorlage 17/3529

Auf Anregung von **Stefan Zimkeit (SPD)** und zum Zwecke der Nachvollziehbarkeit über die Entwicklung der Personalsituation werde mit dem nächsten Bericht auch das Vorjahr aufgeführt. Dies solle erstmalig zum Stichtag 01.01.2021 greifen.

Nach weitergehenden Erörterung werden die Ausführungen der Vorlage 17/3529 insgesamt zur Kenntnis genommen.

3 Verfallene und angefallene Überstunden

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3648

Herbert Strotebeck AfD nimmt Bezug auf die Anlage 1 der Vorlage 17/3648 und fragt nach dem Unterschied der Spalten C (Summe des Guthabens auf den Arbeitszeitkonten zum Stichtag 31.12.) und E (Summe des Guthabens auf dem Mehrarbeits-/Tarifrechtlichen Überstundenkonto zum Stichtag 31.12.).

LMR Achim Dornik (IM) erklärt, dass es sich bei der Darstellung in Spalte C um Gleitzeitkonten (Stichwort „flexible Arbeitszeit“) handelt; bei Spalte E hingegen auf die Zahl der Überstunden im Tarifbereich und der angeordneten Mehrarbeit im Beamtenbereich nach § 61 LBG.

4 Umgang mit Corona-bedingten Fehlzeiten von Eltern in der Landesverwaltung

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3666

Verena Schäffer (Grüne) stellt fest, dass es keine einheitliche Regelung in der Landesverwaltung gebe. Darüber hinaus fehle aus ihrer Sicht eine Perspektive, wie die Landesregierung mit dieser Problematik, auch mit Blick der Pandemie, die noch nicht überstanden sei, in Zukunft umgehen wolle.

Sie fragt konkret noch, ob eine einheitliche Regelung für alle Ministerien und nachgeordneten Behörden beabsichtigt sei, die die Vereinbarkeit von Familie und Job auch in den kommenden Wochen absichere.

Stefan Zimkeit (SPD) schließt sich den Ausführungen an und bittet ebenfalls um Hinweise.

Unter Einbeziehung der Ausführungen der Vorlage 17/3666 erläutert **LMR Achim Dornik (IM)** ergänzend. Zum Einem sei die Mobile Arbeit (Home-Office) zum Anderen die Ausweitung bzw. die Aufhebung des Arbeitszeitrahmens durch die LR ermöglicht worden.

Zudem seien die Verhältnisse und Bedürfnisse in den Behörden sehr unterschiedlich. Die Bedürfnisse eines Polizeivollzugsbeamten im Wach- und Wechseldienst seien nicht die eines Beamten im Finanzamt und auch nicht die eines Ministerialbeamten.

In allen Ressorts sollen die während der Corona-Pandemie gesammelten Erfahrungen, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeiten von Mobilien Arbeiten oder digitalen Besprechungen, in bereits stattfindende sowie geplante Weiterentwicklungen bestehender Regelungen einfließen (vgl. Ziffer 5, S. 5 der Vorlage).

5 Stellenbesetzung 2017, 2018 und im 1. Halbjahr 2020 Ergänzender Bericht aus der Sitzung am 16.06.2020

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3657

MDgt Jörg Hansen (FM) korrigiert an zwei Stellen die Tabellen auf Seite 4 der Vorlage 17/3657.

In der Tabelle 2018 bei LG 2.1 *aus einer anderen Dienststelle der FV* müsse die Zahl 2 ersetzt werden durch die Zahl 12.

In der Tabelle 01.01. – 30.06.2020 bei LG 2.2 *Gesamt* müsse die Zahl 1 durch die Zahl 2 ersetzt werden (siehe Auszug aus der Vorlage 17/3657).

2018:

Laufbahn	Gesamt	aus einer anderen Dienststelle der FV	aus einer anderen Landesbehörde NRW	aus Kommunen	aus einer Bundesbehörde	aus einer Landesbehörde eines anderen Bundeslandes
LG 2.2	4	1	1	1		1
LG 2.1	29	12	8	3		6
LG 1	2					2
Tarif	2	2				

01.01.— 30.06.2020:

Laufbahn	Gesamt	aus einer anderen Dienststelle der FV	aus einer anderen Landesbehörde NRW	aus Kommunen	aus einer Bundesbehörde	aus einer Landesbehörde eines anderen Bundeslandes
LG 2.2	2					2
LG 2.1	9	4		1		4
LG 1	2					2

6 Bericht gemäß § 6 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfondsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen – PFoG)

Vorlage 17/3534 (Neudruck)

Stefan Zimkeit (SPD) fragt nach, ob es von Seiten der Landesregierung strategische Überlegungen gebe, dass im nächsten Bericht eine geänderte Darstellung erfolge.

Zudem bitte er um Informationen, ob es von Seiten der Landesregierung Hinweise gebe, welche Zuführung im nächsten Jahr zum Pensionsfonds geplant sei.

Gemäß **LMRin Frauke Feddersen-Rau (FM)** gebe es einen engen Rahmen, wie angelegt werden dürfe. Man versuche den Aktienanteil auszuweiten, die Zielquote liege bei 30 %.

Bezüglich der Zuführung zum Pensionsfonds gebe es noch keine Planungen. Der Zuführungsbetrag liege nach der letzten Finanzplanung noch immer bei 200 Mio. EUR.

7 Schulformabhängige Besoldung der verbeamteten Lehrkräfte in eine einheitliche Einstiegsbesoldung mit Bes.Gr. A 13 (Laufbahngruppe 2.2)

Bericht
der Landesregierung

Auf Grundlage einer als Material zugeleiteten Petition an den Unterausschuss ist das Thema Beratungsgegenstand im Unterausschuss Personal.

Verena Schäffer (Grüne) nimmt Bezug auf den Hinweis der Landesregierung, sie werde die notwendigen Schritte einleiten, um die besoldungsrechtlichen Konsequenzen aus der Reform der Lehrerausbildung zu ziehen und fragt nach, ob es mittlerweile einen Zeitplan gebe. Gemäß **LMRin Christa Brammer (FM)** könne derzeit kein konkreter Zeitplan genannt werden.

8 Stellennutzung für den Themenkomplex Cyber

Vorlage 17/3656

Die Ausführungen der Vorlage 17/3656 werden ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

9 Verschiedenes

Die **Vorsitzende** weist auf den nächsten Sitzungstermin, der als Bedarfstermin festgelegt ist, am 08.09.2020 hin und fragt in die Runde, ob eine Notwendigkeit für diesen Termin gesehen werde.

Eine Entscheidung wird noch nicht getroffen.

gez. Sonja Bongers
Vorsitzende

25.08.2020/15.09.2020

17